



Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen

sucht

zur Elternzeitvertretung ab sofort befristet bis zum 31.08.2023

eine Referentin/einen Referenten (w/m/d)
im Referat 512 „REGIONALEn, Städtebauförderung Bezirke Arnsberg und Detmold“

Entgeltgruppe 13 TV-L

UNSER MINISTERIUM

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen trägt im Besonderen dazu bei, dass Städte und Gemeinden sich weiterentwickeln und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in unseren 396 Städte und Gemeinden sowie 31 Kreisen in Nordrhein-Westfalen auch in der Zukunft gewahrt bleibt und die Digitalisierung zum Wohle der Menschen eingesetzt wird.

Wir unterstützen diejenigen vor Ort, die Heimat in Nordrhein-Westfalen tagtäglich gestalten. Neben dem Gemeindefinanzausgleich und anderer kommunaler Rechtsgrundlagen sind wir für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau, die Städtebauförderung und die Erarbeitung einer Datenstrategie für Nordrhein-Westfalen zuständig sowie die oberste Bauaufsichts-, Kommunalaufsichts- und Denkmalbehörde in Nordrhein-Westfalen.

IHR REFERAT

Das Referat 512 verantwortet die Städtebauförderung in den Bezirken Arnsberg und Detmold und wirkt an ergänzenden Sonderprogrammen und Projektaufträgen von Bund und Land (bspw. Investitionspakt Sportstätten, Sofortprogramm Innenstadt oder Nationale Projekte des Städtebaus) in den Regionen mit. Zudem koordiniert das Referat 512 zwischen den Ressorts des Landes NRW die REGIONALE OstwestfalenLippe 2022 und die REGIONALE Südwestfalen 2025. Zentrales Arbeitsinstrument dabei ist die Steuerung des Interministeriellen Arbeitskreises REGIONALEn. Neben dieser projektausgerichteten Arbeit stehen Grundsatzangelegenheiten der REGIONALEn und der interkommunalen Zusammenarbeit auf der Arbeitsagenda des Referats 512.

IHR AUFGABENBEREICH

- Strategische Steuerung, Koordination und Betreuung der REGIONALE Südwestfalen 2025
- Ressortübergreifende Koordinierung des InternAK REGIONALEn
- Ressortübergreifende Koordinierung von Förderprojekten im Rahmen der REGIONALEn sowie Unterstützung der städtebaulichen und ressortübergreifenden Beratung der Städte und Gemeinden
- Grundsatzangelegenheiten der REGIONALEn sowie der interkommunalen Zusammenarbeit
- Betreuung und Beratung von REGIONALE-Projekten aus dem Bereich der Städtebauförderung im Regierungsbezirk Arnsberg
- Beratung von Kommunen und interkommunalen Kooperationen sowie von ressortübergreifenden Aktivitäten zur strategischen Ausrichtung der Landespolitik

WIR SETZEN VORAUS

- ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Master, Magister oder universitärer Diplomstudiengang) der Stadt-, bzw. Raumplanung, des Städtebaus, der Geographie, der Verwaltungs- oder Wirtschaftswissenschaften

WIR ERWARTEN

- wünschenswert sind Erfahrungen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung sowie der regionalen Strukturpolitik
- Kenntnisse in der Städtebauförderung und im Zuwendungsrecht
- Verständnis für strukturwirksame und strukturpolitische Prozesse auf Landesebene
- eine ausgeprägte mündliche und schriftliche Kommunikationsfähigkeit verbunden mit der Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge verständlich und überzeugend darzustellen
- ein hohes Maß an Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Flexibilität, Zuverlässigkeit und Verhandlungs- und Organisationsgeschick
- Fähigkeit zum konzeptionellen Arbeiten, Flexibilität und Offenheit für interdisziplinäre Sichtweisen auch in neuen Aufgabengebieten
- eine hohe Teamfähigkeit und Sozialkompetenz
- ein sicheres und freundliches Auftreten
- Diversitykompetenz

WIR BIETEN IHNEN

- einen abwechslungsreichen Arbeitsplatz mit interessanten und vielfältigen Aufgaben

- familienfreundliche, flexible und mobile Arbeitsmodelle, wobei eine Beschäftigung in Teilzeit – auch auf diesem Arbeitsplatz – grundsätzlich möglich ist
- einen Standort mit guter Infrastruktur und Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie die Möglichkeit zum Erwerb eines Jobtickets, das auch zur Nutzung vorhandener Parkmöglichkeiten berechtigt
- eine Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (VBL) für Tarifbeschäftigte

HABEN SIE NOCH FRAGEN AN UNS?

Für Rückfragen im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren steht Ihnen Frau Braemer unter der Telefonnummer 0211/8618 4626 zur Verfügung.

Wenn Sie Fragen zum Aufgabengebiet der Stelle haben, wenden Sie sich bitte an Herrn van Gemmeren unter der Telefonnummer 0211/8618 5633.

HABEN WIR IHR INTERESSE GEWECKT?

Wir freuen uns über Ihre aussagefähige und vollständige Bewerbung (u.a. mit Kopien von Abschlusszeugnissen und ggf. von Beurteilungen bzw. Arbeitszeugnissen).

Senden Sie diese bitte postalisch **bis zum 31. Oktober 2022** an das:

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat 103 Personal
Stichwort „RF 512“
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

oder per E-Mail (in einer PDF-Datei) an bewerbung@mhkbd.nrw.de.

Aus Gründen der Verwaltungsökonomie werden Bewerbungsunterlagen grundsätzlich nicht zurückgesandt. Es wird deshalb darum gebeten, auf die Verwendung von Bewerbungsmappen zu verzichten.

HINWEISE

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Sie werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung wendet sich ausdrücklich auch an Menschen mit Zuwanderungshintergrund.

Bewerbungen schwerbehinderter bzw. gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des SGB IX sind erwünscht.

VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Mit der Zusendung Ihrer Bewerbung erteilen Sie gleichzeitig das Einverständnis, dass die für das Auswahlverfahren erforderlichen personenbezogenen Daten vorübergehend gespeichert und verarbeitet werden. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Nach Abschluss des Verfahrens werden die Daten und Bewerbungsunterlagen unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht bzw. vernichtet.

Dieses Einverständnis kann jederzeit widerrufen werden. Ihre Bewerbung kann in diesem Fall nicht mehr im laufenden Auswahl- und Einstellungsverfahren berücksichtigt werden.